

Stadt Ostfildern
Kreis Esslingen

BEBAUUNGSPLAN **GEWERBEGEBIET HAGÄCKER / WOHNGEBIET HALDENSTRASSE**

Planbereich K 33 - 36 und 40 - 43, Stadtteil Kemnat

M 1: 500

Gefertigt:

Ostfildern, den 9.5.1988 / 20.6.1990 / 30.11.1990

Planungsamt

i. V. Lorenz

Der Beigeordnete für
die Bauverwaltung

Bylow *[Signature]*
Bürgermeister

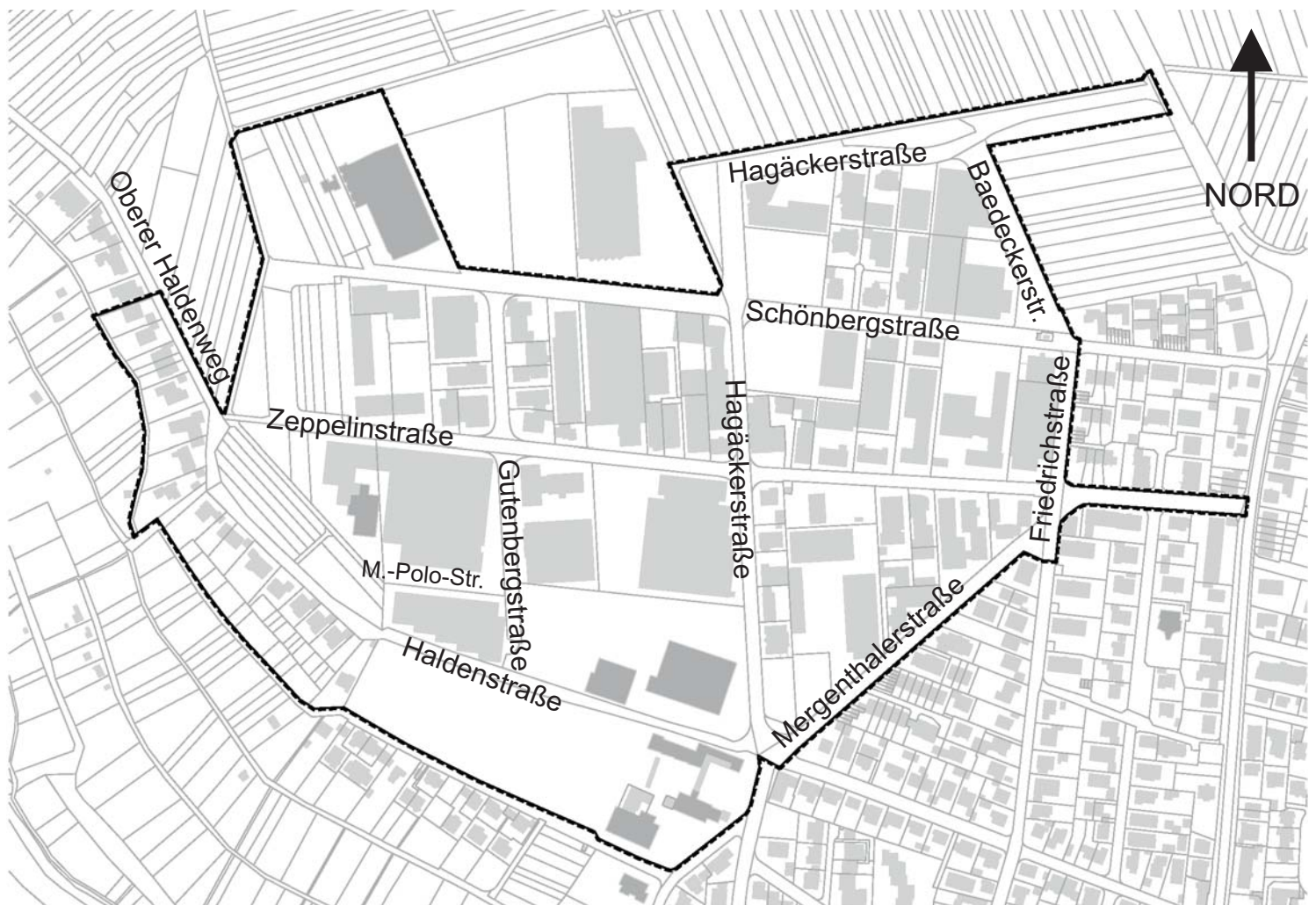
Im Bereich dieses Bebauungsplans gilt gleichzeitig der Textbebauungsplan:

„Gewerbegebiet Hagäcker / Wohngebiet Haldenstraße, 2. Änderung“

Dieser Bebauungsplan ist seit 25. Mai 2016 rechtsgültig.

Der Bebauungsplan

„Gewerbegebiet Hagäcker / Wohngebiet Haldenstraße, 2. Änderung“
gilt in folgendem Bereich:



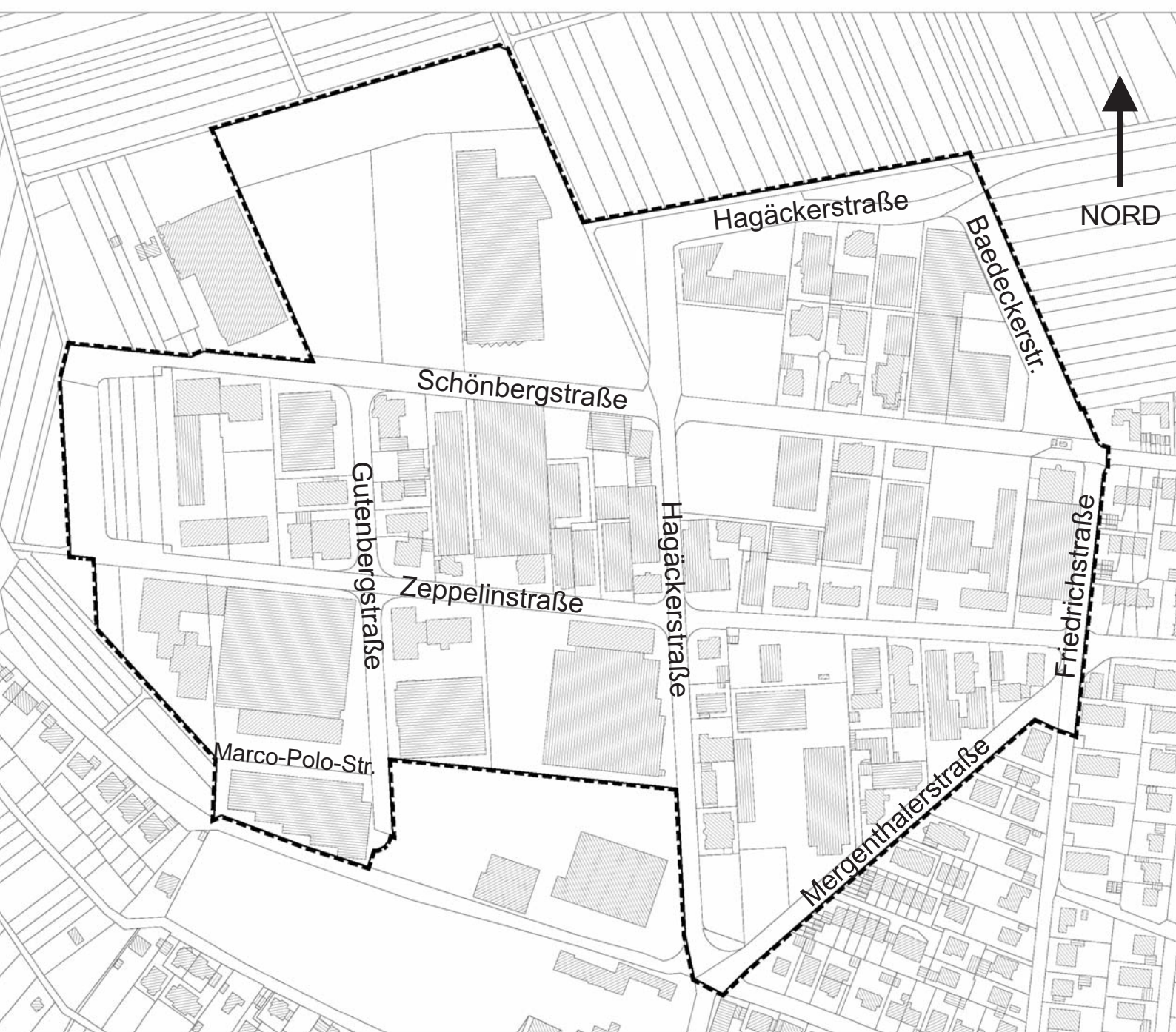
Liegenschaftskataster Stand 5/2015
maßstabsfrei

In einem Bereich dieses Bebauungsplans gilt gleichzeitig der Textbebauungsplan:

Einzelhandel – Gewerbegebiet Kemnat

Dieser Bebauungsplan ist seit 18.09.2014 rechtsgültig.

Der Bebauungsplan „Einzelhandel-Gewerbegebiet Kemnat“ gilt in folgendem Bereich:



gilt in folgendem Bereich:



BEBAUUNGSPLAN „Gewerbegebiet Hagäcker / Wohngebiet Haldenstraße“

TEXTTEIL

A. Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplans sind:

- * Das **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253),
- * die **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S.132),
- * die **Planzeichenverordnung** (PlanzV 81) vom 30. Juli 1981 (BGBl. I S. 833) und
- * die **Landesbauordnung** für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 28. November 1983 (GBl. S. 770), zuletzt geändert am 8. Januar 1990 (GBl. S. 1) sowie
- * die jeweiligen ergänzenden Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

B. Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplans sind sämtliche rechtsverbindlichen Festsetzungen von bisher bestehenden Bebauungsplänen oder Bauvorschriften innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Plans aufgehoben.

C. In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

I. **Planungsrechtliche Festsetzungen** (§ 9 BauGB und BauNVO)

1. **Art der baulichen Nutzung**

(§ 9 (1) 1. BauGB)

- 1.1 In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) sind gemäß § 1 (5) BauNVO die in § 4 (2) Nr. 2 und Nr. 3 BauNVO genannten Nutzungsarten nur ausnahmsweise zulässig.
- 1.2 In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) sind gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO die nach § 4 (3) Nr. 1 bis Nr. 5 vorgesehenen Ausnahmen nicht Bestandteil des Bebauungsplans und daher nicht zulässig.
- 1.3 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind gemäß § 1 (5) BauNVO die in § 8 (2) Nr. 3 BauNVO genannten Tankstellen nicht zulässig sowie die in Nr. 4 genannten Anlagen für sportliche Zwecke nur ausnahmsweise zulässig.
- 1.4 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind gemäß § 1 (5) und § 1 (9) BauNVO Einzelhandelsbetriebe nicht zulässig.
- 1.5 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO die nach § 8 (3) Nr. 2 und Nr. 3 BauNVO vorgesehenen Ausnahmen nicht Bestandteil des Bebauungsplans und daher nicht zulässig.
- 1.6 In den eingeschränkten Gewerbegebieten (GEe) sind gemäß § 1 (5) und § 1 (9) BauNVO die in § 8 BauNVO genannten Nutzungsarten weiter eingeschränkt. Es sind nur solche Gewerbebetriebe und sonstige Nutzungsarten zulässig, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

2. **Maß der baulichen Nutzung**

(§ 9 (1) 1. BauGB)

- 2.1 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind Garagengeschosse gemäß § 21 a (1) BauNVO auf die Zahl der zulässigen Vollgeschosse nicht anzurechnen.
- 2.2 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) bleiben gemäß § 21 a (4) Nr. 3 BauNVO Stellplätze und Garagen in Vollgeschossen bei der Ermittlung der Geschoßfläche unberücksichtigt.
- 2.3 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) ist gemäß § 21 a (5) BauNVO die zulässige Geschoßfläche um die Flächen notwendiger Garagen, die unter der Geländeoberfläche hergestellt werden, zu erhöhen.
- 2.4 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) kann gemäß § 19 (4) Satz 3 BauNVO die nach Satz 2 höchstens zulässige Grundflächenzahl von 0,8 überschritten werden, wenn bei den nach Satz 1, Nr. 3, mitzurechnenden Grundflächen (für Tiefgaragen usw.) die Erdüberdeckung mindestens 50 cm beträgt.

3. **Bauweise**

(§ 9 (1) 2. BauGB)

Als abweichende Bauweise (a) wird gemäß § 22 (4) BauNVO festgesetzt: Es gilt die offene Bauweise im Sinne von § 22 (2) BauNVO jedoch

bei a1: ohne Längenbeschränkung

bei a2: mit einer Gebäudelänge von höchstens 24 m.

4. Stellung der baulichen Anlagen

(§ 9 (1) 2. BauGB)

- 4.1 Die vorwiegende Richtung der Gebäudeaußenseiten ist parallel oder senkrecht zur Hauptfächrichtung anzuordnen.
- 4.2 Die Gebäudeaußenseiten sind parallel zur eingetragenen Gebäuderichtung anzuordnen.

5. Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten

(§ 9 (1) 4. BauGB)

- 5.1 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind Garagen nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen oder innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- 5.2 In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) sind Stellplätze und Garagen nur im unmittelbaren Anschluß an die Haldenstraße bzw. an den Oberen Haldenweg zulässig. Dabei ist mit Garagen ein Mindestabstand von 1,5 m zur Straßengrenze einzuhalten.
- 5.3 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind mindestens 50 % der notwendigen Stellplätze in Parkierungsbauwerken (Tiefgaragen, oberirdische Parkierungsdecks in mehreren Ebenen, Parkhäuser, Garagengeschosse in sonst anders genutzten Gebäuden) zu errichten, wenn die für das Baugrundstück insgesamt erforderlichen notwendigen Stellplätze die Anzahl 30 übersteigen.

6. Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung

(§ 9 (1) 10. BauGB)

Auf den privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Streuobstwiese" sind bauliche und sonstige Anlagen und Einrichtungen unzulässig, wenn sie der Zweckbestimmung sowie der Eigenart einer Streuobstwiese widersprechen (z.B. Gewächshäuser, Gartenhäuser, Terrassen, Pergolen, Grillplätze, Schwimmbecken, Fischteiche, Blumenrabatten, Stellplätze, Stützwände, Treppenanlagen usw.).

7. Öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung sowie Anschluß an die öffentlichen Verkehrsflächen

(§9 (1) 11. BauGB)

- 7.1 Die im Plan eingetragenen verkehrsberuhigten Bereiche sind so anzulegen, daß eine gemeinsame Benutzbarkeit für Fußgänger und eingeschränkten Fahrverkehr ohne höhenmäßige Trennung der Flächen für die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gewährleistet ist.
- 7.2 In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) darf die gesamte Zufahrtsbreite für Stellplätze und Garagen eines Grundstücks höchstens 50 % der Grundstücksbreite, jedoch mindestens 7,5 m betragen.
- 7.3 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) darf die gesamte Breite der Zufahrten eines Grundstücks (Ein- und Ausfahrten einschließlich Stellplätze) entlang einer Straßenfront nicht mehr als 8 m betragen. Mehrere zusammengehörende Grundstücke eines Betriebsgrundstücks werden als ein Grundstück betrachtet.

8. Öffentliche und private Grünflächen

(§9 (1) 15. BauGB)

- 8.1 Auf der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Ballspielplatz" sind Spielfelder und Spielwiesen mit Toren oder Netzen für Ball- und Bewegungsspiele zulässig.
- 8.2 Auf der Öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Kinderspielplatz" sind eine Spielwiese mit Tischtennis sowie ein Sandbereich mit zweckgebundenen Geräten wie Schaukel, Wippe, Seilbahn, Rundlauf, Rutsche, Klettergerüst und Wasserstelle zulässig.
- 8.3 Auf der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Tennisanlage" sind innerhalb der durch Baugrenzen näher festgesetzten, überbaubaren Flächen zweckgebundene bauliche Anlagen wie Tennishalle, Vereinsheim mit Vereinsgaststätte sowie Nebenräume zulässig.

9. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

(§ 9 (1) 20. BauGB)

- 9.1 Die privaten Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Streuobstwiese" und "Obstgarten" sind nach ökologischen Gesichtspunkten extensiv zu bewirtschaften, zu pflegen und zu nutzen. Der Unterwuchs (Krautschicht) ist zweimal im Jahr zu mähen, wobei der erste Schnitt erst nach Beendigung der Wiesenhauptblüte, ab Mitte Juni, erfolgen darf. Eine höhenmäßige Veränderung des vorhandenen natürlichen Geländes durch Aufschüttungen oder Abgrabungen darf nicht vorgenommen werden. Pestizideinsatz und übermäßige Düngung sind zu unterlassen.

Bei der Streuobstwiese ist das Anlegen eines Zier-, Spiel- oder Sportrasens sowie das Pflanzen von Büschen, Hecken, Stauden, Ziergehölzen und fremdländischen Bäumen nicht zulässig. Beim Obstgarten darf zum Erhalt der bestehenden Vegetation keine Änderung der Nutzung vorgenommen werden. Siehe auch I.11.1.

- 9.2 In den Gewerbegebieten (GE und GEe ist für die Dachentwässerung eine geeignete Wasserrückhaltung (Zisterne, Teich oder ähnliches) anzulegen. Das Volumen der Wasserrückhaltung muß der Grundrissfläche sämtlicher Dachteile (Horizontalprojektion) mal einer Höhe von 4cm (das sind 40 Liter/m² entsprechen. Nähere Angaben zur Ableitung, Versickerung oder Wiederverwendung des gespeicherten Wassers erteilt das städtische Tiefbauamt.

Sofern bei Flachdächern - besonders in Verbindung mit einer Dachbegrünung - ein Wasserrückhaltungsvermögen auf diesen Dächern nachgewiesen wird, kann das entsprechende Volumen bei der Berechnung des Zisterneninhalts angerechnet werden.

- 9.3 Die Flachdächer in den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind mit einer zumindest extensiven (einfachen) Dachbegrünung auszuführen (Begrünungsanteil mindestens 80 % der Gesamtdachfläche). Siehe auch II.14.1 und Grünordnungsplan Nr. 8.

10. Gebiete, in denen bestimmte luftverunreinigende Stoffe nicht oder nur beschränkt verwendet werden dürfen

(§ 9 (1) 23. BauGB)

Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans dürfen in neuen Feuerungsanlagen

- a) Gas und Heizöl nur dann verwendet werden, wenn im Abgas die folgenden Grenzwerte (Emissionsmassenkonzentrationen in mg/m³ im trockenen Normzustand, bezogen auf einen Sauerstoffgehalt im Abgas von 3 %) nicht überschritten werden:

	SO ₂	NO ₂
Gas	-	100
Heizöl EL	100	150

Davon ausgenommen sind dieselbetriebene Notstromanlagen sowie Großfeuerungsanlagen mit Gas und Anlagen mit unterbrechbarer Gaslieferung beim Betrieb mit Heizöl EL.

- b) andere Brennstoffe, insbesondere Holz- und Kohleprodukte sowie Abfälle aller Art nicht verwendet werden. Ausgenommen ist die Verbrennung von naturbelassenem, trockenem, stückigem Scheitholz in offenen Kaminen, die nicht zur ständigen Raumheizung, sondern nur gelegentlich betrieben werden.

11. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern, Bindungen für Bepflanzungen

(§ 9 (1) 25. BauGB)

- 11.1 Der Laubgehölzbestand (Bäume und Sträucher), soweit er nicht im Zusammenhang mit der Erstellung der baulichen Anlagen entfernt werden muß, ist zu erhalten, zu schützen und zu pflegen. Besonders bei der Durchführung von Erd- oder Bauarbeiten, bei der Anlage von Stellplätzen sowie bei der Lagerung von Materialien aller Art ist durch geeignete Sicherungsmaßnahmen eine Beeinträchtigung zu vermeiden. Abgängige Bäume und Sträucher sind durch mindestens gleichwertige Laubgehölze zu ersetzen. Gehölzarten siehe Grünordnungsplan Nr. 1 - 5.

- 11.2 Sind keine geeigneten Bäume oder Bäume nicht in ausreichender Zahl auf den Grundstücken vorhanden, so ist die fehlende Anzahl nachzupflanzen, zu schützen und zu pflegen und zwar so, daß

- in den Gewerbegebieten (GE und GEe) je angefangener 200 m² unbebauter Fläche,
- in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) je angefangener 150m²unbebauter Fläche und
- im Bereich der Streuobstwiesen und Obstgärten je angefangener 100 m Grundstücksfläche

ein hochstämmiger Laubbaum vorhanden ist. Abgängige Bäume sind zu ersetzen. Geeignete Baumarten siehe Grünordnungsplan Nr. 2.

- 11.3 Entsprechend dem Planeintrag (Pg 1) ist eine flächenhafte, geschlossene Pflanzung mit Einzelbäumen, Heistern und Sträuchern zu pflanzen, zu schützen und zu pflegen. Gehölzarten siehe Grünordnungsplan Nr. 3.

- 11.4 Soweit die Fläche nicht für Grundstückszufahrten benötigt wird, (siehe auch Ziff. I.7.3) ist entsprechend dem Planeintrag (Pg 2) eine mind. 1,40 m hochwachsende Hecke zu pflanzen, zu schützen und zu pflegen. Abgängige Heckenteile sind zu ersetzen. Pflanzenarten siehe Grünordnungsplan Nr. 4.

- 11.5 Die übrigen nicht überbaubaren Grundstücksstreifen in den Gewerbegebieten (GE und GEe) zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche und der Baugrenze (Vorgärten) - soweit sie nicht für Grundstückszufahrten oder Stellplätze in Anspruch genommen werden - sind zu bepflanzen, zu schützen und zu pflegen. Pflanzenarten siehe Grünordnungsplan Nr. 5.

- 11.6 Entsprechend dem Planeintrag sind groß- und kleinkronige, hochstämmige Laubbäume mit einem Stammumfang bei der Pflanzung von mind. 18/20 cm (gemessen in 1,0 m Höhe) zu pflanzen, zu schützen und zu pflegen. Abgängige Bäume sind zu ersetzen. Baumarten siehe Grünordnungsplan
- 11.7 Reihenstellplätze in den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind mit einem Baumbesatz zu versehen (Richtwert: auf 4 Stellplätze muß ein hochstämmiger Laubbaum gepflanzt werden). Baumarten siehe Grünordnungsplan Nr. 2.1.

12. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind

(§ 9 (1) 26. BauGB)

Für den Straßenbau, besonders für den Stützkörper der Rand- oder Abschlußsteine entlang der Straßengrenze, ist die Herstellung von Stützbeton und Erdanschüttungen bzw. -abgrabungen auf den Straßenanliegergrundstücken erforderlich.

Soweit die Planzeichnung keine weitergehenden Festsetzungen enthält, gelten daher 1,0 m breite Grundstücksstreifen entlang den öffentlichen Verkehrsflächen (Straßenbegrenzungslinien) als Flächen im Sinne von § 9 (1) 26. BauGB.

13. Höhenlage

(§ 9 (2) BauGB)

In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) sind Erdauffüllungen mit mehr als 50 cm Höhe und Abgrabungen mit mehr als 130 cm Höhe, bezogen auf das vorhandene Gelände, unzulässig.

II. Örtliche Bauvorschriften (§ 73 (6) LBO)

14. Dachform, Dachneigung, Dachdeckung

(§ 73 (1) 1. LBO)

- 14.1 In den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind die Gebäude grundsätzlich mit Flachdach und Dachbegrünung zu errichten (siehe auch I.9.3). Betriebsbedingte Sonderformen, wie Sheddächer oder Faltwerkskonstruktionen können als Ausnahmen zugelassen werden.
- 14.2 In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) ist die Dachdeckung der geneigten Dächer, gegebenenfalls auch der Garagen, mit Ziegeln in hellroten Farbtönen auszuführen. Flachdächer sind ganzflächig zu bepflanzen.

15. Fassaden

(§ 73 (1) 1. LBO)

Bei den Gebäudefassaden sind grelle oder stark reflektierende Materialien oder Farben nicht zulässig.

Die den öffentlichen Straßen oder der freien Landschaft zugewandten Fassaden in den Gewerbegebieten (GE und GEe) sind mit geeigneten Kletterpflanzen zu beranken. Pflanzenarten siehe Grünordnungsplan Nr. 7.

16. Werbeanlagen

(§ 73 (1) 1. LBO)

Werbeanlagen, von denen eine optische Fernwirkung ausgeht sowie Werbeanlagen mit grellen Farben, wechselndem oder bewegtem Licht sind ausgeschlossen.

An den Gebäuden angebrachte Werbeanlagen dürfen die oberste Außenwandbegrenzung nicht überragen.

Aufgeständerte, von den Gebäuden losgelöste Werbeanlagen sind auf eine Höhe von maximal 3,0 m über Gelände zu beschränken.

17. Freileitungen

(§ 73 (1) 4. LBO)

Niederspannungsfreileitungen sind unzulässig.

18. Gestaltung der Stellplätze, der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke sowie der Einfriedigungen

(§ 73 (1) 5. LBO)

- 18.1 Die Pkw-Parkplätze und die Pkw-Stellplätze sind wasserdurchlässig mit Rasenfugenpflaster (Fugenbreite mindestens 3 cm), Rasenziegeln, Schotterrasen oder mit gekiesten bzw. wassergebundenen Belägen herzustellen.
- 18.2 Zäune und Mauern sind mit Schlingpflanzen dauernd zu beranken. Pflanzenarten siehe Grünordnungsplan Nr. 7.
- 18.3 Die nicht überbaubaren Grundstücksstreifen zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche und der Baugrenze (Vorgärten) dürfen nicht als Arbeits- oder Lagerflächen benutzt werden.

- 18.4 Die Streuobstwiesen dürfen nur entlang der Weggrenze zum Pflingstweideweg eingefriedigt werden. Als Einfriedigung ist ausschließlich ein koppelartiger, höchstens 90 cm hoher Holzzaun mit höchstens 3 übereinander angeordneten, ungestrichenen Rundholzstangen zulässig.

19. **Gebäudetiefe**

(§ 73 (1) 8. LBO)

In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) darf die Gebäudetiefe der Garagen 7,0 m nicht überschreiten.

D. **Kennzeichnung**

Der Geltungsbereich dieses Bebauungsplans wird gemäß § 9 (5) 1. BauGB als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen Fluglärm erforderlich sind (äquivalenter Dauerschallpegel 54 - 57 dB(A) für den Tageszeitraum).

Anhaltswerte für die in den Aufenthaltsräumen einzuhaltenden Pegel sind der VDI-Richtlinie 2719 zu entnehmen. Auf die VDI-Richtlinie 2718, die DIN 4109 sowie auf die gebietsbezogener, schalltechnischen Orientierungswerte nach Beiblatt 1 zu DIN 18005 Teil 1, Schallschutz im Städtebau, wird verwiesen.

E. **Hinweise**

1. Dem Bebauungsplan liegt ein Grünordnungsplan bei, dem ergänzende Angaben über Pflanzenarten und Pflanzengruppierungen zu entnehmen sind.
2. Zusammen mit den jeweiligen Bauvorlagen ist der Baurechtsbehörde ein aus dem Grünordnungsplan entwickelter Freiflächengestaltungs- und Bepflanzungsplan als Bestandteil des Bauantrags vorzulegen.
3. Für Bauwerke, bei denen zu erwarten ist, daß sie ins Grundwasser eintauchen oder bei denen Grundwasser freigelegt wird, sind vor der Ausführung wasserrechtliche Erlaubnisverfahren durchzuführen. Eine ständige Ableitung von Grundwasser ist nicht zulässig.

Eingriffe in wasserführende Schichten und die Absenkung des Grundwassers können zur Beeinträchtigung des Wasservorkommens führen. Falls zu erwarten ist, daß bei Bohrungen oder Erdarbeiten Grundwasser angeschnitten wird, sind diese Arbeiten vor der Ausführung gemäß § 37 Wassergesetz bei der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Arbeiten dieser Art werden vom Wasserwirtschaftsamt hinsichtlich der Belange des Grundwasserschutzes überwacht.

Bei der unbeabsichtigten Freilegung des Grundwassers ist analog zu verfahren. Eine Absenkung von Grundwasser bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Diese kann nur für eine vorübergehende Entnahme (Bauzeit) von der Unteren Wasserbehörde erteilt werden.

Im übrigen dürfen Drainagen nur 1,0 m über dem höchstgemessenen Grundwasserspiegel eingelegt werden. Der Anschluß von Drainagen bzw. Sickerleitungen an das Kanalnetz ist nur mit entsprechender Rückstausicherung zulässig.

4. Nach den geologischen Karten treten im Planbereich die Schichten des Schwarzjura alpha und evtl. des Rhät oberhalb des rutschgefährlichen Knollenmergels auf. Im nördlichen und östlichen Teil sind die Schwarzjuraschichten von Filderlehm, sonst von geringmächtigem Hanglehm und Hangschutt bedeckt. Für größere Bauvorhaben, insbesondere im tieferen Hangbereich, wird im Hinblick auf eine mögliche Rutschneigung eine ingenieurgeologische Beratung empfohlen.
5. Die Böden im Geltungsbereich dieses Bebauungsplans, vor allem in den bebauten Bestandsgebieten, können mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sein.

Die Höhenlinien sind aus Plänen des Tiefbauamtes entnommen

***Die Flurstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans mit ihren Grenzen und Bezeichnungen stimmen mit dem Liegenschaftskataster überein; die dargestellten baulichen Anlagen entsprechen dem örtlichen Zustand (§ 1 PlanzV81)
Stand: 18. Juni 1990***



Beratende Ingenieure für das Bauwesen

Vermessung, Verkehrsplanung,
Tief- und Straßenbau,
Bauberechnung

Metzinger Straße 40
7024 Filderstadt 4-Böhlenden
Telefon (0711) 77 13 45
Telefax (0711) 77 33 84



Dallhammer